



N i e d e r s c h r i f t

über die 11. Sitzung des Gemeinderates am Mittwoch, 28. Juni 2023, um 18:45 Uhr, in der Ratsstube

Vorsitz:

Bürgermeister Dr. Christian Margreiter

anwesend:

1. Bgm-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Julia Schmid

2. Bgm-Stv. DI Dr. Werner Hackl, BSc.

StR Daniel Neuner

StRⁱⁿ Theresa Schatz

StRⁱⁿ Barbara Schramm-Skoficz

GRⁱⁿ Sabine Kolbitsch

GR Dr.jur. Christian Visintiner

GR Florian Staudinger

Ersatz-GR Philipp Spötl

Vertretung für Herrn StR Johannes Tilg

Ersatz-GRⁱⁿ Monika Gärtner

Vertretung für Herrn GR Mag. Michael Schober

GR Ing. Dieter Schirak

GR Christoph Sailer

Ersatz-GR MMag. Nicolaus Niedrist, BSc.

Vertretung für Frau GRⁱⁿ Monika Bucher-Innerebner

GR Benjamin Hinterholzer

GRⁱⁿ Manuela Pfohl, BScN MSc

GRⁱⁿ Angelika Sachers

GR Florian Katzengruber, BSc MA

GRⁱⁿ Irene Partl

GR Michael Henökl

GR Mag. (FH) Thomas Viertl

abwesend:

StR Johannes Tilg, B.A.	entschuldigt
GR Mag. Michael Schober	entschuldigt
GR ⁱⁿ Monika Bucher-Innerebner	entschuldigt
Ersatz-GR DI (FH) Thomas Erbeznik	entschuldigt
Ersatz-GR Mag. Ing. Markus Galloner	entschuldigt

Protokollunterfertiger:

StR Schatz, GR Partl

Schriftführer:

Stadtamtsdirektor Dr. Bernhard Knapp

Bürgermeister Dr. Margreiter eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

T a g e s o r d n u n g

1. Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei Tagesordnungspunkt 2.
2. Bieterverfahren Postgrundstücke Essacherstraße (Teilnahme HallAG Kommunal GmbH, Stadtgemeinde Hall in Tirol)
3. Anträge, Anfragen und Allfälliges

zu 1. Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei Tagesordnungspunkt 2.

Bgm. Margreiter bringt vor, dass zunächst über den Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Behandlung von TOP 2. abgestimmt werden solle. Man wolle ja nicht, dass so schnell nach außen dringe, was hier an Zahlen festgelegt werden solle.

Bgm. Margreiter stellt den Antrag, zur Behandlung von TOP 2. die Öffentlichkeit auszuschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

zu 2. Bieterverfahren Postgrundstücke Essacherstraße (Teilnahme HallAG Kommunal GmbH, Stadtgemeinde Hall in Tirol)

Dieser TOP wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

zu 3. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Zusammengefasste Wortmeldungen:

Bgm. Margreiter möchte zum Thema „GemNova GmbH“ – ohne darüber abzustimmen – eine grundlegende Meinung des Gemeinderates einholen. Die GemNova DienstleistungsGmbH sei als Tochtergesellschaft des Tiroler Gemeindeverbandes gegründet worden, um für die Gemeinden verschiedene Dienstleistungen anzubieten. Einziger Gesellschafter sei zu 100% der Tiroler Gemeindeverband. Dieser sei keine Körperschaft des öffentlichen Rechts, sondern als herkömmlicher Verein organisiert. Die Gemeinden seien Vereinsmitglieder. Die GemNova sei in eine massive wirtschaftliche Schieflage und nun auch in die Insolvenz geschlittert. Im Rahmen der Insolvenz habe es Forderungsanmeldungen in der Höhe von ca. EUR 6,9 Millionen gegeben. Zudem sei eine weitere Forderung im Ausmaß von rund EUR 1 Million seitens des Arbeitsmarktservice in Aussicht gestellt worden. Dieser Betrag sei offenbar der GemNova als Förderung zur Verfügung gestellt worden, und das Arbeitsmarktservice sei nun der Meinung, dass der Anspruch darauf rückwirkend verlorengegangen sei, weil angeblich ein oder zweimal nicht rechtzeitig die Sozialversicherung beglichen worden sei, was offenbar zur Rückzahlung der Förderung führe. Der Insolvenzverwalter sei der Meinung, dass dies nicht der Fall sei. Seines Wissens sei diese Forderung formell nicht angemeldet worden. Nicht vergessen dürfe man, dass es zwischen den Tochtergesellschaften der GemNova, welche bislang nicht im Konkurs seien, ebenso Forderungen gebe. Insbesondere von der GemNova-Tochter „Bildungspool GmbH“ gegen die GemNova von ungefähr EUR 2 Millionen. Wenn man alles zusammenrechne, käme man auf rund EUR 10 Millionen an Forderungen. Diese wirtschaftliche Schieflage habe sich eigentlich über Jahre gezeigt und sei von den Verantwortlichen offenbar nicht wahr- oder ernstgenommen bzw. nicht kommuniziert worden. Der Tiroler Gemeindeverband habe für Verbindlichkeiten der GemNova gegenüber Banken eine sogenannte Patronatserklärung abgegeben, was im Wesentlichen einer Haftungserklärung entspreche, und zusätzlich eine Haftungserklärung für Verbindlichkeiten gegenüber den Banken. Seines Wissens habe der Gemeindeverband keine besonderen Vermögenswerte. Da stelle sich die Frage, auf welcher Grundlage derartige Haftungserklärungen abgegeben würden. Wenn die GemNova tatsächlich in Konkurs geraten sollte, was nicht auszuschließen sei, könne es durchaus sein, dass der Gemeindeverband mit entsprechenden Regressforderungen konfrontiert sei und in Hinblick auf mögliches fahrlässiges Verhalten des einzigen Gesellschafters Haftungen schlagend würden. Einerseits aufgrund der Patronatserklärung, andererseits aufgrund der Haftungsübernahme. Zudem wegen eklatanter Unterfinanzierung der GemNova. Diese habe ein Stammkapital von lediglich EUR 36.000,-, welches nur zur Hälfte eingezahlt sei, wobei aber Millionengeschäfte getätigt würden. Das sei aus seiner Sicht sehr bedenklich und könne durchaus zu einer persönlichen Haftung der handelnden Personen führen. Derzeit gehe es aber nicht um eine Haftung des Gemeindeverbandes, sondern um die GemNova. Die GemNova solle nun gerettet und saniert werden. Es habe heute am Landesgericht Innsbruck eine Verhandlung stattgefunden, wobei die Gläubiger mit der angebotenen Quote von 80% für alle und 100% für die Banken einverstanden seien. Er empfinde das als abenteuerlich; in seiner Karriere sei ihm noch kein Insolvenzverfahren untergekommen, wo die Gläubiger so „vergoldet“ worden seien. Er wisse auch nicht, wie das finanziert werden solle. Ein Standbein dieser Finanzierung solle eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge bis auf weiteres sein. Auf mindestens zehn

Jahre, um EUR 2,50,- pro Einwohner, wobei die Einwohnerzahl bei 10.000,- gedeckelt würde. Das würde die Stadtgemeinde Hall im Jahr an die EUR 25.000,- und in zehn Jahren demgemäß an die EUR 250.000,- kosten, das mit offenem Ende. Heute sei es um die insolvenzrechtliche Sanierung gegangen, also darum, wie man sich zwecks Verhinderung eines Konkurses mit den Gläubigern einige. Nirgends sei aber dargelegt, wie es mit der GemNova weitergehen solle. Wenn diese bisher negativ gewirtschaftet habe – wie seien die Phantasien, wie solle diese Gesellschaft künftig geführt werden, wer solle sie führen, wer solle sie finanzieren und mit entsprechendem Kapital ausstatten, wie viele Mitarbeiter würden bleiben, wie viele gekündigt? Alle diese Fragen seien unbeantwortet. Er sehe nicht die Möglichkeit, eine Gemeinderatsentscheidung herbeizuführen, ob der Mitgliedsbeitrag erhöht werden solle oder nicht, wenn man derartige Informationen nicht habe. Diese Informationen würden benötigt, dass sich die Gemeinderatsmitglieder vorstellen könnten, wie das ablaufen solle. Er sei der Meinung, derzeit einer derartigen Erhöhung nicht zuzustimmen. Das auch auf die Gefahr hin, dass dieser Ausgleich dann nicht zustande komme. Viele andere Gemeinden würden das auch so sehen. Sei jemand der Meinung, dass man „ohne Wenn und Aber“ hier mitmachen müsse? Also auch im Rahmen einer Erhöhung des Mitgliedsbeitrages? - Nachdem das nicht der Fall sei, genüge ihm das schon.

GR Viertl äußert, man erfahre aus den Medien ja sehr wenig. Das ein oder andere aber doch. Eine gewisse Schiefelage habe es von Anfang an gegeben, das sei schon mit einer gewissen „Miese“ gestartet worden. Er wisse nicht, ob das rechtliche Relevanz habe. Solche Unternehmen müssten aber nach den kaufmännischen Grundsätzen geführt werden. Wenn man eine Entwicklung zu einem derartigen Verschuldungsgrad über Jahre sozusagen ein bisschen im Nebel halte, sodass nicht reagiert werden könne, so würde er es bei Vorliegen aller Informationen und Unterlagen doch für richtig halten, in die Bresche zu springen, um das Unternehmen sozusagen zu retten. Es gehe auch – was ein anderes Kapitel sei – um die Leute, die da angestellt seien, wobei es die Arbeitsmarktsituation in Tirol wohl zulasse, dass man diese unterbringe.

Bgm. Margreiter ergänzt, es gebe vereinzelt die Meinung, dass die Gemeinden selbst auch noch zur Haftung herangezogen werden könnten. Dem wolle er vehement widersprechen. Mitglieder eines Vereines würden grundsätzlich nicht für die Vereinsschulden haften. Nur dann, wenn man so genannte Vorteile in unredlicher Art und Weise zugewendet bekommen habe, wenn man genau gewusst habe, dass man von der GemNova absolut billig oder gar gratis einen relevanten Vermögenswert bekomme und in diesem Sinne bösgläubig sei, könne es allenfalls zur Haftung einer Gemeinde kommen. Das halte er aus Sicht der Stadt für ausgeschlossen. Wobei die Stadt mit der GemNova selbst keine Geschäfte habe, sondern nur mit der Bildungspool GmbH, welche derzeit noch nicht im Konkurs sei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Dr. Margreiter die Sitzung um 19:02 Uhr.

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

StADir. Dr. Bernhard Knapp eh.

Dr. Christian Margreiter eh.

Die Protokollunterfertiger:

StR Schatz eh.

GR Partl eh.